

Haß im Netz: Edtstadler will „knackige“ Strafen

Karoline Edtstadler (ÖVP), Staatssekretärin im Innenministerium, spricht sich für bundeseinheitliche Verwaltungsstrafen gegen Haß-Delikte im Internet aus. Diese sollen potenzielle Täter vor weiteren Delikten abhalten, sagte sie am Freitag. Die Strafhöhe könnte dabei von Mal zu Mal steigen - von einer zweistelligen Summe bis hin zu einer „knackigen“ dreistelligen Strafe.

„Es ist mir ein großes Anliegen, daß sich Betroffene auch unterhalb einer strafrechtlichen Handlung zur Wehr setzen können“, erläuterte Edtstadler ihren Vorstoß. Bei einer entsprechend hohen Geldstrafe - konkrete Summen nannte sie nicht - würden Täter überlegen, welche Folgen Cybermobbing oder Beleidigung im Internet haben. Die Staatssekretärin verglich die Situation etwa mit Geschwindigkeitsübertretungen im Straßenverkehr, obwohl es der Staatssekretärin primär um eine weitere massive Einschränkung der Meinungsfreiheit gehen dürfte.

Härtere Strafen für Vergewaltiger

Auch weitere - mehr oder weniger bekannte - Standpunkte präsentierte Edtstadler anlässlich ihres bevorstehenden Ein-Jahres-Jubiläums als Staatssekretärin im Innenministerium. Etwa, daß es künftig keine ausschließlich bedingten Haftstrafen für Vergewaltiger mehr geben soll. Man müsse als Gesellschaft signalisieren, „hier ist eine rote Linie“, argumentierte sie. Die Opfer solcher Verbrechen sollten sicher sein, daß sie gehört werden und daß gehandelt wird.

Neue Strafzahlungen für Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen

In einem neu präsentierten Dokument fordern Frankreich und Deutschland alle EU-Staaten erneut auf, Flüchtlinge aufzunehmen. Staaten, die sich diesen Befehlen verweigern, sollen hohe Geldsummen bezahlen müssen. Gleichzeitig bietet dieses Dokument, daß zwar die Souveränität der Staaten massiv untergräbt auch die Möglichkeit, sich von der Flüchtlingsaufnahme „freizukaufen“. Das wird im Dokument als „alternative Solidarität“ bezeichnet, da so das EU-Budget aufgestockt wird.

Allen seinen Lesern und Freunden wünscht der Wiener Beobachter ein frohes Fest und ein gutes 2019.

Wie Sie wissen, sind wir nur und ausschließlich von den Spenden unserer Leser abhängig - daher unsere Bitte: Helfen und unterstützen Sie uns auch im neuen Jahr.

Vorsätzliche Massenmigration nach Europa

In ihrem „Lagebericht der Großen Stämme“ vom 17.6.2018 halten die Stammesfürsten, welche unter Gaddafi in Libyen eine friedliche Ordnung gewährleisten, u.a. fest: „Heute, wie in den vergangenen sieben Jahren, geht die Zerstörung unseres geliebten Libyen durch die uns aufgezwungene Milizen-Mafia weiter, unter deren Knute wir stehen. Diese Zerstörung wurde 2011 durch eine Lüge eingeleitet. [...] Libyen leidet immer noch unter den radikalen Terroristensöldnern, die 2011 von der CIA und anderen verdeckten Gruppen in unser Land gebracht wurden. Diese Terroristen nennen sich „Milizen“, um ihre wahre Identität und Absichten zu verschleiern. [...] Die UN-Marionettenregierung in Tripolis hat sich mit diesen Milizen zusammengetan und unterstützt sie mit Waffen und Geld.“ Laut Muammar-al Gaddafi bildete Libyen eine Mauer, die den Weg der afrikanischen Migration nach Europa und den Weg der Terroristen von al-Kaida versperrt hat. Es stellt sich die Frage, ob die „Zerstörung der Mauer“ nicht Teil eines seit langem ausgeklügelten, perfiden Planes zur Massenmigration nach Europa war.

EU: Steuerzahler finanzieren hohe Parlamentarier-„Löhne“

Jährlich kann jedes Mitglied des EU-Parlaments bei Ausnutzung aller Zulagen, Pauschalen und Spesentöpfe etwa 214.000 Euro absahnen. Ein bulgarischer EU-Abgeordneter verdient z.B. 2.051 Prozent eines bulgarischen Durchschnittsverdieners und doppelt so viel wie der bulgarische Staatschef. Gemäß Angaben der EU „verdienen“ allein 37 Spitzenbeamte rund 24.000 Euro monatlich (das ist mehr als die deutsche Bundeskanzlerin). Laut dem „Wall Street Journal“ sollen

3.000 EU-Beamte das Gehalt der britischen Premierministerin übertreffen. Weitere 5.460 Beamte verdienen mehr als 10.000 Euro monatlich. Um diese außerordentlich hohen „Löhne“ zu finanzieren, werden die Steuerzahler der EU tüchtig zur Kasse gebeten. Dies ähnelt einem mittelalterlichen Feudalsystem, das auf der Ausbeutung der Untertanen basierte.

Europäischer Gerichtshof spricht Sex mit kleinen Kindern heilig

Was der Schweiz bei Ablehnung der Selbstbestimmungsinitiative blüht, zeigt ein Urteil des Europäischen Gerichtshof. Laut ihm darf ein Islam-Heiliger nicht als „pädophil“ bezeichnet werden, der sich an eine 9-Jährige herangemacht und Sex mit ihr hatte. Jetzt fragen sich viele EU-Bürger, ob diese Richter selbst pädophile Neigungen haben oder einfach nur nicht mehr alle Tassen im Schrank.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am Donnerstag ein Skandalurteil eines Wiener Gerichts bestätigt. Eine Wienerin hatte in einem Vortrag über den Moslem-Heiligen Mohammed gesagt: „Ein 56-Jähriger und eine Sechsjährige? Wie nennen wir das, wenn es nicht Pädophilie ist?“

Anbiederung an Islam vor Meinungsfreiheit

Dieser was auch immer Prophet Mohammed hatte Sex mit der 9-jährigen Aischa bint Abi Bakr, der jüngsten und dritten Ehefrau dieses „Heiligen“, die er extra aus dem Grund geheiratet hatte, als sie 6 Jahre alt war. Manche Zeitgenossen würde danach behaupten, daß er ein „Kinderfi...“ gewesen ist. So hart wollte sich aber die Wienerin dazu nicht äußern. Sie hatte unter anderem gesagt, Mohammed „hatte nun mal gerne mit Kindern ein bißchen was“.

Wegen dieser faktisch richtigen Aussage hatte sie der Oberste Gerichtshof wegen Herabwürdigung religiöser Lehren zu einer Geldstrafe verurteilt, weshalb die Frau den Fall vor den EuGH brachte. Das hätte sie besser nicht machen sollen.

„Fremde Richter“ in Strassburg haben am Donnerstag das Ersturteil des Wiener Gerichts bestätigt. Die Frau war zu einer Geldstrafe von fast 500 Euro und zur Zahlung der Verfahrenskosten verurteilt worden.

Merke: Man kann ganz ungeniert sich an kleine Kinder heranmachen und Sex mit ihnen haben, wenn man nur die richtige Religion hat. Dann schützen einen auch die europäischen Richter.

Politik macht Jagd auf „völkische“ Kinder in Kitas

Die Bundesregierung hat eine neue Broschüre herausgebracht, die Anleitungen für Erzieherinnen enthält, wie diese herausfinden können, welcher Weltanschauung die Eltern ihrer Schützlinge zuneigen. Konkret geht es darum, „rassistisches und fremdenfeindliches Gedankengut in den Kinderköpfen“ zu erkennen und ihm entgegenzuwirken.

Im Vorwort zur Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bis du!“ ergreift Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) das Wort. Sie meint: „Wir erleben (...) einen deutlichen Anstieg rechtspopulistischer Bewegungen.“ Deshalb sei es „wichtig, die frühkindliche Bildung demokratisch zu gestalten (...)“. Bedeutet im Umkehrschluß, die Kinder Richtung links zu polen.

Ganz besonders begrüßt Frau Giffey „die Handlungshinweise und Hilfsangebote“ in der Broschüre. In einem Fall wird zum Beispiel erklärt, wie man „Kinder aus völkischen Elternhäusern“ erkenne. Und zwar so: „Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert.“

Die Anleitung beinhaltet auch gleich Lösungsvorschläge. In einem solchen Fall sollen „die Eltern zum persönlichen Gespräch in die Kita eingeladen werden“, um ihnen zu erklären, wie „autoritäre und geschlechterstereotype Erziehungsstile die vielfältigen Möglichkeiten von Kindern einschränken.“

In einem anderen Fallbeispiel wird beschrieben, wie sich eine Mutter um das Bildungsniveau Sorgen macht, weil Flüchtlingskinder aufgenommen werden. Ihr sollen die Erzieherinnen erklären, daß „diese Sorgen unbegründet“ sind, denn das habe die „Migrationsforschung“ herausgefunden. Sie möge bitte die „Vielfaltspädagogik“ beachten – aber bitte nicht den Pisa-Test, denn der zeigt, daß die Migrantenkinder dramatisch schlechtere Schulleistungen erbringen als Deutsche.

Die aktuelle Regierung sieht ihre Aufgabe zwar nicht im Schutz des Landes vor illegaler Einwanderung, dafür aber in der Überprüfung der Lebensweise seiner Bürger – und der Korrektur. Aktiv und unverhüllt ruft die Regierung zum Denunziantentum auf, aber immer einseitig, immer nur gegen jene, die in der Einwanderung nicht und nicht einen Segen sehen wollen. Das Bildungsministerium läßt den Erzieherinnen auch gar nicht die Wahl einzuschätzen, welche Einstellung von Eltern bedenklich sein könnte. Etwa frauenverachtende Haltungen von Moslems. Nein, das Ministerium gibt genau vor, daß nur die politische Einstellung gefährlich ist, die einwanderungskritisch ist.

Italien: 60% der Migranten im Rentenalter beziehen Rente, ohne auch nur eine Stunde gearbeitet zu haben.

Ein erstaunlicher Bericht der Zeitung Il Giornale sagt, dass 60% der Einwanderer in Italien Rente empfangen, obwohl sie nie auch nur eine Stunde gearbeitet haben. Von 96.000 Nicht-EU-Bürgern, die eine Rente vom Istituto Nazionale della Previdenza

Sociale (INPS) beziehen, haben 60.000 nie gearbeitet und somit auch keine Beiträge oder Steuern gezahlt.

Insgesamt sind rund zwei Millionen Ausländer bei der italienischen Sozialversicherungsbehörde eingeschrieben. Die Zahl der Erwerbstätigen, die zu ihren Renten beitragen, beträgt nur 1.700.000. Dies bedeutet, dass 60 Prozent der Einwanderer in Italien nie gearbeitet haben und ihre Renten vom italienischen Steuerzahler bezahlt werden.

Die INPS-Zahlen zeigen, daß 2017 96.743 Renten an Nicht-EU-Bürger gezahlt wurden. Davon erhalten 60.000 eine Rente, die nicht durch zuvor gezahlte Beiträge gedeckt ist. Die Mehrheit der Migranten, die vom italienischen Steuerzahler im Ruhestand leben, scheinen ältere Familienmitglieder zu sein, die durch Familienzusammenführung nach Europa kamen.

Die politische Elite und die linken Medien haben die Idee der Migration nach Europa und in die ganze Welt verkauft, um ihre sinkenden Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten und eine wachsende Lücke in der Bevölkerung zu schließen, um Arbeit und Industrie zu erhalten. Die Statistiken unterstützen diese absurde Theorie jedoch einfach nicht. Die Mehrheit der Migranten arbeitet überhaupt nicht und wird durch Leistungen unterstützt, die von den Staatsbürgern bezahlt werden.

Geheimdienste erwarten offenbar Bürgerkriege in Deutschland und Europa

Die CIA verfasste bereits 2008 eine interne Studie, in der bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschlands und Europas Städten vorhergesagt wurden. In der Prognose der CIA soll Deutschland spätestens im Jahre 2020 nicht mehr regierbar und Europa vollkommen destabilisiert sein. Die Gründe für die bürgerkriegsähnlichen Zustände sieht der ehemalige CIA Direktor Michael V. Hayden im Werteverfall, in der zunehmenden Islamisierung, in Massenarbeitslosigkeit sowie dem fehlenden Integrationswillen von Migranten:

„Die europäischen Länder beherbergen heute bereits große Parallelgesellschaften und müssen in der Zukunft mit besonders starkem Wachstum der muslimischen Bevölkerung rechnen, während die Zahl der einheimischen Nicht-Muslime mit sinkenden Geburtenraten schrumpfen wird. Die soziale Integration von Migranten wird für die meisten Aufnahmeländer eine große Herausforderung darstellen und das Potenzial für Unruhen und Extremismus wird sich weiter erhöhen.“

2008 berichtete die Washington Post über diese Studie. Damals interessierte sich noch niemand dafür. Die Prophezeiung wurde als Panikmache abgetan. Alternative Medien, die darüber berichteten, wurden als Verschwörungstheoretiker hingestellt. Heute sind wir jedoch schon sehr nahe an der

Verwirklichung dieser Prognose. In vielen Ballungszentren und Städten Deutschlands und Europas gibt es schon heute „No-Go-Areas“. Es vergeht kaum ein Monat, in dem in Europa nicht von Unruhen und gewaltsamen Krawallen durch Migrantenbanden berichtet wird.

Wie sehr der Rechtsstaat Deutschland erodiert, zeigt sich besonders an dem abstrusen Beispiel von Sami A. Ein deutsches Gericht hat verfügt, daß der bereits abgeschobene Islamist, Gefährder und ehemaliger Leibwächter des Al-Quaida-Chefs und Terroristen Osama Bin Laden wieder nach Deutschland zurückgeholt werden soll. Die CIA geht davon aus, daß Teile Europas regelrecht „implodieren“ und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form auseinanderbrechen werde. Auch von diesem Szenario sind wir nicht mehr weit entfernt. Die EU könnte schon sehr bald zerfallen. Der Norden und der Osten der EU zeigt schon deutliche Abspaltungstendenzen. Mit Italien beginnt nun auch die sogenannte „Kern-EU“ zu bröckeln.

Verdacht bestätigt: Grüne beteiligen sich aktiv an Schleuserei von Migranten!

Neugegründete NGO „Civilfleet“ sitzt im Haus der Grünen-Geschäftsstelle, und der Verantwortliche ist ein hoher Grünen-Funktionär.

Die Einsammlung von illegalen Einwanderern vor der libyschen Küste wird von immer mehr Europäern richtigerweise als „Schlepperei“ bezeichnet. Denn wer sich moralisch über alle anderen stellt und den einheimischen Steuerzahlern die exorbitant hohen Kosten für sein Treiben aufbürdet, sollte sich besser nicht allzu lange von unverbesserlichen Teddywerfern bejubeln lassen. Er handelt verbrecherisch – nichts weiter!

Wahrlich keine große Überraschung, daß die Schlepperei nun höchst offiziell unter dem Dach der Grünen geschieht – „Civilfleet“ sitzt genau wie die Realitätsverweigererpartei im Haus am Platz vor dem Neuen Tor 1 in Berlin-Mitte. Und das ist nicht die einzige Parallele: Im Impressum des Internetauftritts wird Erik Marquardt genannt. Seines Zeichens Präsidiumsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Bei der Bundestagswahl 2017 hatte er als Abgeordneter kandidiert.

Daß die Grünen nun über eine offensichtliche Vorfeld-Organisation ins lukrative Schleusergeschäft einsteigen, haben sie, obwohl mehr als nahe liegend, bisher immer verschwiegen. Mit Hilfe des Z-Promis Klaas Heufer-Umlauf, der bereits eifrig Spenden sammelt (wir berichteten), wird „Civilfleet“ demnächst vor Afrika kreuzen und auf „Flüchtlinge“ warten, die der Organisation direkt von den libyschen Schlepperbanden übergeben werden und sie ins gelobte Land Germoney bringen.

Ob das mit dem Parteiengesetz vereinbar ist, wird zu klären sein. Im Sinne der deutschen Bürger ist es jedenfalls nicht.

Lisa Fitz: Neues Lied verursacht Schnappatmung bei linken Sittenwächtern

Wer sich mit einer Meinung vorwagt, die nicht dem Narrativ von Politik und Massenmedien entspricht, hat mit heftigen Anfeindungen durch die öffentlich-rechtlichen Sittenwächter zu rechnen.

In einer Reihe mit Gabalier, Naidoo, Heißenberg, Cornelius

Das mußten bereits einige Künstler mit Rückgrat wie zum Beispiel Andreas Gabalier, Xavier Naidoo, Silvana Heißenberg oder Peter Cornelius erfahren. Seit neuestem sieht sich auch die bayerische Kabarettistin, Sängerin und Schauspielerin Lisa Fitz mit einer solchen Kampagne gegen ihre Person konfrontiert. Grund dafür ist ihr neues Lied „Ich sehe was“.

Und tatsächlich erschließt sich einem bereits nach dem ersten Hören, was die toleranzbesoffenen Tugend- und Gesinnungswächter auf den Plan ruft und – wieder einmal – wild mit der „Nazikeule“ fuchteln läßt. Denn Lisa Fitz nennt in ihrem Lied unter anderem Namen wie „Rothschild, Rockefeller, Soros“ oder in einer anderen Zeile „JP Morgan, Goldman Sachs und deren Schranzen“.

Linke als Ehrenretter der internationalen Finanzelite

Daß dabei ausgerechnet die linken, selbsternannten Weltenretter Schaum vor dem Mund bekommen und zur Ehrenrettung der internationalen Finanzelite aufmarschieren, kann man wohl als weiteren Beleg für die sich täglich steigernde Konfusion in deren Reihen deuten.

Neben den (mittlerweile ziemlich ausgelutschten) Antisemitismus-Vorwürfen werden jedoch auch weitere Anstrengungen unternommen, Fitz lächerlich zu machen. So witterte ein besonders „gewitzter“ Schmierfink bei der Textzeile „Die Kaltblüter mauern unsere Freiheit ein...“ gar eine Anspielung auf die „Reptiloiden“-Verschwörungstheorie von David Icke, die selbst in der Truthther-Gemeinde mehr als nur umstritten ist.

Auf die Idee, daß eine Frau nun einmal mehr Gefühlsaspekte in ihre Lyrik einfließen läßt und damit schlicht das kaltblütige Vorgehen internationaler FinanzspekulantInnen meinen könnte, kommt der Herr Journalist dabei offenbar nicht.

Emanzen als „wandelnde Kuchenrezepte“

Doch es wäre nicht Lisa Fitz, wenn sie sich nicht auf ihre ganz eigene, unnachahmliche Art zur Wehr zu setzen wüßte. Trotz der etwas schlechten Tonqualität ist dieses Interview, das „Cashkurs“-Reporterin Julia Jentsch mit der Künstlerin führte, absolut sehenswert.

Fitz geht dabei auch besonders hart mit den Frauen (an die sich ihr neues Lied im wesentlichen richtet) ins Gericht. Die Vertreterinnen der angeblich aufgeklärtesten und emanzipiertesten Generation von Frauen, die es je gab, kämen ihr meist „wie wandelnde Kuchenrezepte“ vor; versuche sie (Fitz), mit so einer „Frau ohne Hirn“ etwa über die Ukraine-Krise zu diskutieren, so würde sie nach zwei Minuten von „den toten Augen von London“ angestarrt.

Aufklärung der links-verblendeten Frauenszene

So leistet Lisa Fitz nicht nur mit ihrem neuen Lied „Ich sehe was“, sondern auch mit ihrem professionellen Umgang mit der medialen Sauentreiberei wichtige Pionierarbeit beim Aufbrechen des linken Mainstream-Narrativs und der Aufklärung, vor allem der weiblichen Bevölkerung. Bleibt nur zu hoffen, daß sich nach Fitz' mutigem Beispiel noch viele weitere Künstlerinnen aus der Deckung wagen.

Gericht verfügte 1987: Staat soll deutsches Staatsvolk erhalten

Noch 1987 hat das Bundesverfassungsgericht die Pflicht zur Erhaltung des deutschen Volkes als Verfassungsauftrag hervorgehoben und wortwörtlich verfügt: „Das Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit in Art. 116 (1), 16 (1) GG und damit an der bisherigen Identität des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung. Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.“ Erfüllt die Politik der letzten Jahrzehnte, Deutschland zu einer vollständig multikulturellen Gesellschaft umzubauen, dann nicht den Tatbestand der Verfassungsfeindlichkeit?

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 267 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *